



**Drucksachen  
der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln von Berlin  
XX. Wahlperiode**

Ursprung: Mündliche Anfrage  
Ursprungsinitiator: AfD, Schröter, Steffen

**Drs. Nr.: 1358/XX  
TOP Nr.:**

Beratungsfolge:			
Datum	Gremium	Sitzung	Beratungsstand
22.05.2019	BVV	BVV/035/XX	schriftlich beantwortet

**Mündliche Anfrage**

**Bezirksbürgermeister stellt sich über das Grundgesetz**

Ich frage das Bezirksamt:

1. Aus welchen Gründen basiert die Entscheidung des Bezirksamtes Neukölln, einer linksextremistisch nahestehenden Organisation, eine Ausstellung 14 Tage vor der Europawahl im Rathaus Neukölln mit dem Ziel der Verunglimpfung der AfD zu genehmigen, obwohl aus dem Grundgesetz (Artikel 3,20 und 21 Grundgesetz) eindeutig hervorgeht, dass staatliche Stellen weder zugunsten noch zulasten einer politischen Partei wirken dürfen (Grundsatz der Chancengleichheit der Parteien)?
2. Ist die Genehmigung der Ausstellung im Rathaus Neukölln mit dem Ziel der Verunglimpfung der AfD dahingehend zu verstehen, dass das Bezirksamt Neukölln, an deren Spitze der Bezirksbürgermeister den Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verlassen hat, weil das staatliche Neutralitätsgebot zu den wichtigsten Grundprinzipien unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung gehört und sich fundamental von antidemokratisch, totalitären Systemen abhebt?

Berlin-Neukölln, den 21.05.2019

AfD, Herr Schröter, Steffen

(Antragsteller, Fragesteller bzw. Berichterstatter)

**Abstimmungsverhalten:**

	SPD	CDU	Grüne	LINKE	AfD	Gr.FDP	Babilon	Kapitän	Zielisch
<b>JA</b>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<b>NEIN</b>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<b>ENTH.</b>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

**Ergebnis:**

- Einstimmig**
- beschlossen mit Änderung  Kenntnis genommen  abgelehnt  gewählt
- zurückgezogen  vertagt  gegenstandslos
- überwiesen in den Ausschuss für \_\_\_\_\_ (federführend)
- zusätzlich in den Ausschuss für \_\_\_\_\_
- und in den Ausschuss für \_\_\_\_\_
- beantwortet  schriftlich
- BzBm/FinWi  BiSchuKuSport  JugGes  StadtSozBüD  UmNat

Bezirksverordnetenvorsteher o.V.i.A.

Sitzung am : 22.05.2019  
Lfd. Nr. : 8.12  
Drs. Nr. : 1358/XX

nachrichtlich den Fraktionen der  
SPD, CDU, Grünen, LINKEN und AfD  
der Gruppe der FDP und Fraktionslose

Dringlichkeit  
schriftlich  
Konsensliste

## **Beantwortung der Mündlichen Anfrage**

### **Bezirksbürgermeister stellt sich über das Grundgesetz**

Sehr geehrter Herr Vorsteher,  
sehr geehrte Damen und Herren,  
sehr geehrter Herr Schröter,

für das Bezirksamt beantworte ich Ihre Mündliche Anfrage wie folgt:

Zu 1.:

Die Ausstellung „Immer wieder – Extreme Rechte und Gegenwehr in Berlin seit 1945“ ist im Foyer des 2. OGs im Rathaus zu sehen. Sie alle haben die Ausstellung mit Sicherheit beim Betreten des BVV-Saales heute wahrgenommen. Wie der Titel bereits andeutet, befasst sich die Ausstellung umfassend mit den Strukturen, den Akteuren und den Handlungen der extremen Rechten in Berlin seit 1945. Sie geht aus von der Feststellung, dass eine extreme Rechte auch nach dem Ende des Nationalsozialismus weiterhin in Berlin bestand und bis heute besteht. Darüber klärt sie auf und lädt zur Diskussion ein.

Die Ausstellung wurde vom Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e. V. (Apabiz) und dem Aktiven Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e. V. zusammengestellt und erarbeitet. Sie wurde zunächst in der Zionskirche in Mitte gezeigt und wird nach ihrem Abbau ab dem 18. Juni im August-Bebel-Institut im Wedding zu sehen sein. Die Ausstellungsreihe wird durch die Berliner Landeszentrale für politische Bildung sowie die Senatsverwaltung für Kultur und Europa gefördert.

Seit Sommer 2016 findet in Neukölln eine rechtsextreme Anschlagserie statt, der mittlerweile 55 Anschläge zuzurechnen sind. 16 davon waren Brandanschläge, gerichtet gegen Menschen, die sich für Demokratie engagieren, manche von ihnen sind Mitglieder dieser BVV. Deshalb habe ich mich gefreut, dass die Initiatoren der Ausstellung angefragt haben, ob sie diese im Rathaus Neukölln ausstellen können. Denn von diesem Rathaus soll die Botschaft ausgehen: Hass und Gewalt haben keinen Platz in Neukölln. Dafür stehen alle Demokratinnen und Demokraten.

Richtig ist, dass an zwei Stationen der Ausstellung Bezug auf die Partei „Alternative für Deutschland“ bzw. einzelne ihrer Mitglieder Bezug genommen wird. Und in der Tat handelt es sich beim Rathaus Neukölln um ein Wahllokal, in dem die Briefwahlen stattfinden. Der Kreiswahlleiter hat unmittelbar nach der Feststellung, dass auf die Partei „Alternative für Deutschland“ Bezug genommen wird, eine Entfernung der beiden angesprochenen Stationen veranlasst.

Wichtig ist mir dabei zu betonen, dass die Besucher\*innen des Wahllokals nicht an der Ausstellung vorbeilaufen, sondern sich das Wahllokal im 1. OG des Rathauses befindet. Keineswegs sollte mit der Genehmigung der Ausstellung zugunsten oder zulasten einer politischen Partei gewirkt werden. Der zeitliche Zusammenhang zu den Wahlen zum europäischen Parlament ist im Übrigen rein zufällig, da der erste und dritte Ausstellungsort bereits längerfristig geplant waren.

Im Übrigen weise ich Ihre nicht belegte Unterstellung zurück, bei den Urhebern der Ausstellung handele es sich um „linksextremistischen Organisationen“ nahestehende Vereine. Ich hoffe, es geht Ihnen dabei nicht um die namentliche Bezeichnung des apabiz. Denn Antifaschismus, also die Ablehnung von Faschismus, von Rechtsextremismus und von rechtsextremem Terror, ist Kerngedanke unserer Demokratie.

Zu 2.:

Der Argumentation, dass sich diese Ausstellung gegen eine einzelne Partei richtet, kann ich nicht folgen. Sie befasst sich mit rechtsextremen Entwicklungen seit 1945 und bis heute. Die Ausstellung ist nach meinem politischen Verständnis und meiner persönlichen Überzeugung deshalb so zu verstehen, dass in diesem Land jeder Form von Faschismus durch Demokratinnen und Demokraten engagiert entgegengetreten werden muss. Inhalt und Geist des Grundgesetzes lassen sich, wenige Tage vor dem 70. Jahrestag eben dieses Grundgesetzes, auch so zusammenfassen: Nie wieder Faschismus! Gerade in Neukölln sollte uns deshalb in diesem Geiste einleuchten, dass wir Anschläge gegen demokratisch engagierte Bürger\*innen nicht akzeptieren, sondern solche Gewalt geschlossen ablehnen.

**Es gilt das gesprochene Wort!**

Martin Hikel  
Bezirksbürgermeister